

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



Juli 2023

Steinbruch Frommenhausen

Streit um Zahl der LKW-Fahrten und Versprechungen

Täuscht Ortsvorsteher Hallmayer die Öffentlichkeit vorsätzlich?

Kurz vor der Entscheidung des Landratsamtes Tübingen über den Erweiterungsantrag der Bau-Union ist ein heftiger Streit über die Zahl der LKW-Fahrten entbrannt, weil Klaus Barwig und Carin Caspar am 18. April anstatt der erlaubten 156 LKW-Fahrten 466 durch Hirrlingen zählten.

Die Bau-Union aus Rottweil will den Steinbruch um 4,5 Hektar auf über 22 Hektar erweitern, um jährlich 800.000 Tonnen Muschelkalk für den Straßenbau (B 27, B 28) abzubauen. Da mehrfach Hangabstürze stattgefunden haben, zuletzt im Herbst 2022, hatte das Verwaltungsgericht Sigmaringen der Firma die Abbaugenehmigung am 15. März entzogen. Das Landratsamt Tübingen erlaubte am 11. April für sechs Wochen weitere Sprengungen, weil sonst die Maschinen ungenutzt stillständen. Wie bitte? Zählen Ruhe der Bevölkerung, Verschmutzung der Straßen und gefährdete Gesundheit durch Staub überhaupt nichts mehr?

Verstöße gegen Auflagen

Bereits mehrfach hatten die Schotterwerke Heinz und ab 2020 die Bau-

Union eklatant gegen Gesetze und Auflagen für Abbau und Transport verstoßen, wie Einwohner aus Frommenhausen, Hirrlingen und Bietenhausen im letzten Jahr in einem Offenen Brief an die politisch Verantwortlichen



Foto: E. Peter

beklagten: „Bereits im Jahre 2011/12 wurden dem Betreiber forstliche Reaktivierungs- und Wiederaufforstungsverpflichtungen von 4,59 ha innerhalb des Steinbruchs in einer Durchführungszeit von 10 Jahren vom

Landratsamt auferlegt. Diese auferlegten Aufforstungsmaßnahmen innerhalb des Steinbruchs wurden vom Betreiber bis heute unterlassen! Wie verhält sich das Landratsamt gegenüber der noch nicht beglichenen, aber auferlegten Strafzahlung über 140.000 Euro und den auferlegten Wiederaufforstungsflächen von 4,59 ha innerhalb des Steinbruchs? (...) Richtwerte für Lärmbelastung werden ignoriert und Auflagen der Fahrtenbegrenzung, analog der Wiederaufforstung, rechtswidrig gebrochen.“

Dubiose Rolle Hallmayers

Frommenhausens Ortsvorsteher Kurt Hallmayer spielt sich – mit Unterstützung durch OB Neher – jetzt als Retter der Bevölkerung auf: „Ich sag‘: Wir haben von 700 auf 400 reduziert.“ Er stützt sich dabei auf den Ortschaftsrat vom 27.2.2023, der nach Aussagen von Michael Gierth den Beschluss „durchgewunken hat“, weil der Ortschaftsrat ohnehin nichts am Pachtvertrag ändern könne. So wird die Maximalzahl der täglichen Fahrten auf 200 LKW (das heißt 400 Fahrten!) begrenzt und darf an zehn Tagen auf 250 LKW überschritten werden – das sind

Und weiter:

Eine Planung, die aus der Zeit gefallen ist Seite 5

Asylkompromiss - die vereinigte Verantwortungslosigkeit Seite 7

Streubomben - humanitäres Völkerrecht muss bleiben Seite 9

Landesregierung gegenüber Bildungskatastrophe hilflos Seite 10



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

500 Fahrten. Damit verfälscht OV Hallmayer sowohl den ursprünglichen OR-Beschluss wie auch das Verwaltungsgerichts-Urteil. 250 Fahrten entsprechen aber 125 LKWs pro Tag, laut Urteil des Verwaltungsgerichts Sigmaringen vom 19. Juni 2019. Darin heißt es: „Danach ging die Klägerin (d.h. die Bau-Union) bei einer jährlich maximalen Abtransportmenge von ca. 500.000 t und jährlich maximalen Anlieferungsmenge von ca. 50.000 t von **maximal 110 LKWs pro Tag, was 220 Fahrten pro Tag entspricht**, aus.“ Zugleich wird dem Anstieg der Betriebstage um 30 Samstage zugestimmt und der Zunahme der Sprengtage auf fünf pro Woche widersprochen, so die offizielle „Niederschrift über die öffentliche Verhandlung“.

Neuer Pachtvertrag?!

Wohlgermerkt: 2023 wird ein neuer Pachtvertrag abgeschlossen, obwohl der alte Vertrag mit maximal 220 Fahrten (=110 LKWs) noch bis 2034 gilt! Im neuen Vertrag sind 200 LKW, an 10 Tagen aber 250 LKW, also 500 Fahrten möglich. Durch diesen Taschenspielertrick hat OV Hallmayer also in Wahrheit die Anzahl der täglichen Fahrten von 220 auf maximal 500 erhöht! Entgegen der Behauptung von Hallmayer und OB Neher (beide CDU), dass die Stadt keinerlei Einfluss auf die Pachtverträge (und damit auf die Zahl der Fahrten) habe, heißt es im Bericht der Rottenburger Post (15.6.2011):

„Der Rottenburger Gemeinderat kann deshalb entscheiden, ob und unter welchen Voraussetzungen er das Gelände verpachten will.“

250 von 363 Einwohnern aus Frommenhausen wehrten sich damals vehement mit ihrer Unterschrift gegen die Erweiterung in Richtung ihrer Ortschaft. Schließlich haben Firma und Stadt einen „Kompromiss“ ausgehandelt: Die Abbaufäche wurde Richtung Hirrlingen verlegt, ein „regelmäßiger Abbau an Samstagen sei nicht geplant“, die jährliche Abbaumenge ließe sich laut OB Neher im Pachtvertrag regeln, die Firma muss auf ihre Kosten den Steinbruch wieder auffüllen und rekultivieren. Entscheidend aber für die

Einwilligung der Einwohner war der Kompromiss: „Nach dieser nun möglichen Erweiterung, die im günstigsten Fall maximal insgesamt ca. 6,1 ha umfasst, gibt es keine Erweiterung mehr.“ (Mitteilungsblatt Frommenhausen, 4.11.2011) Wenig später kassierte OV Hallmayer diesen Kompromiss mit den Worten „Den Satz ‚keine Erweiterung nach der Erweiterung‘ könne er nicht stehen lassen.“ (18.5.2013) Wessen Interessen vertritt Hallmayer eigentlich als Ortsvorsteher? Eine sol-



Foto: A. Wagner

che Täuschung der Öffentlichkeit treibt die Wählerschaft in die Arme von Rechtspopulisten wie der AfD, so Ludwig Goehner auf der Einwohnerversammlung in Frommenhausen (5. Juli 2023).

Ausweichmanöver

Dort versuchten Hallmayer und OB Neher, die Wogen zu glätten, die seit Jahren verschleppte Wiederaufforstung sei jetzt im Gange, Schallschutzmaßnahmen laufen und den Erhalt des Kapffelsens wollten alle, deshalb habe die Bau-Union auf den Abbau des Dietsteins (Grundstück 241) freiwillig verzichtet. Ortschaftsrat Gierth widersprach Hallmayers Behauptung, der Ortschaftsrat habe der Erhöhung der Fahrten zugestimmt. Diesen Beschluss gebe es nicht, sondern das sei „durchgewunken“ worden. Hallmayers Rechtfertigung: Er sei zu der Überzeugung gekommen, dass die Zahl von 250 Fahrten (d.h. 125 LKWs) „nicht zu halten“ gewesen sei.

OB Neher schob die Verantwortung für die jetzige Lage dem Regionalverband Neckar Alb zu. Dieser habe beschlossen, dass kein Rohstoffgebiet ohne ein Alternativgebiet geschlossen werden

dürfe, man wolle die bestehenden Abbaugelände ausnutzen, um kein neues zu eröffnen. Außerdem sei das Landratsamt gezwungen, eine Genehmigung für die Erweiterung zu geben, wenn alle Voraussetzungen (Umweltauflagen) erfüllt seien. Die Einwände der Einwohner würden alle berücksichtigt. In einem Pachtvertrag könnten sie keine Bedingungen stellen. Jetzt müsse die Stadt die Bau-Union in einem privatrechtlichen Vertrag darum bitten (!), Zugeständnisse (Zahl der Fahrten,

Kapffelsens) zu machen. Jede Gesellschaft müsse bestimmte Belastungen ertragen und Muschelkalk sei halt für den Straßenbau notwendig. Dies könnte auch für den Erweiterungsantrag von Holcim im Steinbruch Dotternhausen gelten.

Ungeklärt

Weiterhin offen sind Schutzmaßnahmen gegen weitere Hangabstürze, die Sicherung des Kapffelsens und der Landwirtschaft mit ihrem fruchtbaren Lösboden sowie die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen in einem anderen Landkreis.

DIE LINKE fordert:

Gesundheit der Bevölkerung, Vielfalt der Natur und der Landwirtschaft, keine Erhöhung Zahl der Fahrten, der Arbeitstage (Samstage) und der Sprengungen müssen Vorrang vor den Profitinteressen der Bau-Union haben. Die Grundstücke gehören der Stadt, sind also Allgemeinbesitz aller Einwohner Rottenburgs. Dementsprechend müssen künftig Bedingungen für Pachtverträge der Stadt mit Firmen vorher in den Gremien diskutiert und beschlossen werden, damit sie nicht dem Gusto der Verwaltung unterliegen!



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Kostenexplosion bei Stuttgart 21!

Wer soll das alles bezahlen?

Die Kosten für das Bahnprojekt Stuttgart 21 sind in den vergangenen Jahren förmlich explodiert – von ursprünglich geplanten 4,5 auf mittlerweile schon 9,7 Milliarden Euro. Aber wie werden diese Mehrkosten aufgeteilt? Die Bahn möchte, dass sich die Vertragspartner daran beteiligen, die aber lehnen das ab. Nun soll das Gericht entscheiden. Kürzlich war Prozessaufakt vor dem Verwaltungsgericht.

Vorbemerkung:

Das Projekt Stuttgart 21 ist kein Projekt des Bedarfsplans für die Schienenwege des Bundes, sondern ein eigenwirtschaftliches Projekt der Deutschen Bahn AG. Projektpartner sind das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart, der Verband Region Stuttgart und die Flughafen Stuttgart GmbH. Nachfolgend eine kurze Zusammenfassung der bisher erfolgten Kostensteigerungen:

Dem Rahmenvereinbarung von 1995 lag noch eine Kostenschätzung von ca. 4,9 Mrd. DM (etwa 2,5 Mrd. Euro) zugrunde. Der Finanzierungsvertrag von 2009 sah die Kosten unter Berücksichtigung einer allgemeinen Kostensteigerung schon bei 3,076 Mrd. Euro. Unter Einbeziehung eines Risikopuffers von 1,45 Mrd. Euro für unvorhergesehene Ereignisse lagen die Kosten dann bei rund 4,5 Mrd. Euro. Ferner sah der Finanzierungsvertrag bei Überschreiten dieser Sollbruchstelle eine sogenannte „Sprechklausel“ vor, die besagt, dass die Bahn und das Land Gespräche darüber führen sollen, wer diese Mehrkosten zu tragen hat.

Die Bedeutung dieser Sprechklausel ist laut Experten allerdings umstritten. Bedeutet die Zusage zu sprechen, dass man sich zu einigen und eventuell auch zu zahlen hat? Genau das muss das Gericht nun klären, d. h., es schaut sich an, was die Vertragsparteien damit gemeint haben. Man fragt sich allerdings, wer damals an der Aushandlung dieses Vertrages beteiligt war, wenn eine derart vage Regelung zur Übernahme der Mehrkosten getroffen wurde. Allerdings ist das Land der Auffassung, sich nicht an Mehrkosten oberhalb von 4,5 Mrd. Euro zu beteiligen und fordert Bund und Bahn dazu auf, keine weiteren Nachforderungen mehr zu stellen.

Doch 2013 fordert die DB zur Abdeckung weiterer Mehrkosten und Risiken zusätzliche zwei Milliarden Euro, so dass sich die Gesamtkosten auf nunmehr rund 6,5 Mrd. Euro belaufen. Die Projektpartner Land und Stadt Stuttgart lehnen aber eine Beteiligung an der Übernahme dieser Mehrkosten ab. Und im Jahr 2018 steigen die von der Bahn geltend gemachten Kosten weiter auf insgesamt 8,2 Mrd. Euro, einschließlich eines Risikopuffers von rund 500 Millionen Euro.

Weil die Gespräche erfolglos waren, verklagte die Bahn Ende 2016 die Projektpartner auf Änderung des Finanzierungsvertrags von 2009 und somit auf die Übernahme von 65 Prozent der Mehrkosten. Nachdem die Bahn inzwischen mit Kosten von bis zu 8,2 Mrd. Euro rechnet, geht es hier um Mehrkosten von 3,7 Mrd. Euro und eine Beteiligung daran in Höhe von 2,4 Mrd. Euro (65 Prozent). Das Land weist die Forderungen der Bahn aus der Klage zurück und reichte wiederum eine umfangreiche Klageerwidernung beim Verwaltungsgericht Stuttgart ein.

Der Ex-Richter und Sprecher des Aktionsbündnisses gegen S21 Dieter Reicherter äußert sich zu dem Thema in seiner Rede auf einer Montagsdemo. Hier einige Auszüge:

„Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt, wer hat so viel Pinke-pinke, wer hat so viel Geld?“ Eine sehr gute Frage: Bestellt haben die Projektpartner, und die haben nicht so viel Geld. Deshalb sagen sie auf gut Schwäbisch: „Mir gäbbet nix“.

Zur Erinnerung: Die Politik spiegelte uns vor, das Projekt koste gar nichts, weil die Baukosten durch den Verkauf der frei werdenden Grundstücke ausgeglichen würden. Doch die Kosten sind bis heute auf ca. zehn Milliarden Euro gestiegen, und das Ende der Fahnenstange ist noch längst nicht erreicht.

Der Volksmund sagt: Mitgefangen, mitgegangen. Die Projektpartner wissen seit vielen Jahren, dass die Kosten explodiert sind. Sie hätten deshalb ihre Beteiligung längst kündigen können, aber nein, man stellt immer neue An-

forderungen an die Ausführung. Gleichzeitig besteht der Verdacht, dass die Bahn die Kosten bewusst in die Höhe getrieben hat. Es sei nur an die von der Financial Times aufgedeckte Korruptionsgeschichte, die Postenschieberei bei Herrenknecht und andere Merkwürdigkeiten erinnert.



Falls die Klage der Bahn Erfolg haben sollte, ginge der Hickhack los, welche Kosten überhöht abgerechnet wurden und nicht zu erstatten sind. Unter Annahme der Gesamtkosten von minimal 10 Milliarden müssten Land, Stadt und Flughafen 65 Prozent der 5,5 Milliarden Mehrkosten bezahlen, also schlappe 3,57 Milliarden.

Reicherter weiter zur Auftaktverhandlung vor dem Verwaltungsgericht: „Spontan fiel mir das Lied von Billy Mo von 1965 ein: ‚Da sprach der Scheich zum Emir: Erst zahl’n wir und dann geh’n wir! Der Emir sprach zum Scheich: Zahl’n wir später, geh’n wir gleich!‘“

Nach knapp zwei Stunden Verhandlung gab es noch keine konkreten Anhaltspunkte und Entscheidungen zu vermelden. Laut Verwaltungsgericht ist ein schnelles Urteil erwünscht. Allerdings geht es hier um einen sehr hohen finanziellen Betrag; darüber hinaus ist Stuttgart 21 ein politisch sehr relevantes Thema. Deshalb rechnet das Verwaltungsgericht vorerst mit keiner finalen Entscheidung.

Es bleibt spannend, wie die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes ausfallen wird, einschließlich aller sich daraus ergebenden Konsequenzen. Wir aber werden diese Angelegenheit weiter verfolgen und deshalb auch in Zukunft

O BEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Noch eine finanzielle Mehrbelastung!!

Warum keine einkommensabhängige Staffelung?

Auch in diesem Jahr stand das Thema Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergartenbesuch in der Stadt Rottenburg zur Diskussion. Diese Mehrkosten sind den Familien nicht mehr zuzumuten. Sie haben mit stark gestiegenen Energiekosten und den um 21 % teureren Lebensmitteln und der hohen Inflation genug zu kämpfen.

Ja, es gibt Familien, die Zuschüsse für die Kindergartenbeiträge erhalten. Wie sieht es aber bei Alleinerziehenden mit geringen Einkommen aus? Bei Familien die aufgrund von schwierigen Umständen nur einen Verdienst zur Verfügung haben? Ein kleiner Trost dürfte die Einführung der Kreisbonuscard extra im Februar 2023 sein. Diese ermöglicht Familien und Alleinerziehenden, die max. 20 % über der Einkommensgrenze für Sozialleistungen liegen, 25 % geringere Kindergartenbeiträge bezahlen. Für die Antragstellung

und Ausstellung ist ein persönliches Gespräch bei einer Beratungsstelle erforderlich.

Diese sind in Rottenburg:
- **Jugend- und Familienberatungszentrum des Landkreises Tübingen, Außenstelle Rottenburg**
- **Katholische Erwachsenenbildung Landkreis Tübingen e.V.**
- **MOKKA e.V.**

Durch die Einführung der Kreisbonuscard extra soll die Teilnahme an Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen auch für Familien und Alleinerziehenden mit geringen Einkommen ermöglicht werden.

Gerade für diese Familien bedeutet eine Erhöhung von 8,5 % eine weitere unzumutbare Belastung. Warum müssen in Rottenburg 20 % der Kinderbetreuung durch Elternbeiträge gedeckt werden. In Tübingen sind es nur 10 % der Kosten, die von den Eltern getra-

gen werden müssen. Sinnvoll ist eine einkommensabhängige Staffelung der Elternbeiträge. Dazu kommen noch 50 € an monatlichen Kosten für das Mittagessen in der Kinderkrippe und 60 € für das Mittagessen im Kindergarten.

Warum haben wir im reichen Land Baden-Württemberg keine Gebührenfreiheit wie in anderen Bundesländern? Wo doch gerade die frühkindliche Bildung ein ganz erheblicher Faktor für die Zukunft eines jeden Kindes ist. Ihr wird leider viel zu wenig Beachtung geschenkt. Deshalb habe ich mit „NEIN“ gestimmt.



Irmgard Kussauer

Gemeinderätin
„DIE LINKE“
Ergenzingen

Großer Protest gegen Reutlinger Privatgymnasium Städtische Zuschüsse belasten Haushalt 60 Jahre lang

Die Schulleitungen sämtlicher weiterführender Schulen und der Gesamtelternbeirat, unterstützt von der Lehrgewerkschaft GEW und Initiativen, fordern den Reutlinger Gemeinderat auf, dem Bau eines privaten evangelischen Privatgymnasiums nicht zuzustimmen und haben dazu eine Petition gestartet. Durch den mehrheitlichen Gemeinderatsbeschluss für das Gymnasium wurden die 1.950 Stimmen der Petition laut OB Thomas Keck hinfällig.

Das dreizügige kirchliche Gymnasium mit diakonischem Profil der Evangelischen Schulstiftung (ESS) würde den städtischen Haushalt über einen Zeitraum von 60 Jahren mit einer Million Euro jährlich belasten. Schon jetzt kann die Stadt 17 geplante Schulbauprojekte nicht stemmen, in Betzingen wird in Containern unterrichtet, das Isolde-Kurz-Gymnasium wartet seit Langem auf seine Mensa. Will heißen: der städtische Zuschuss für ein Privatgymnasium geht zu Lasten der öffentlichen Schulen und verschärft noch deren Schulraumnot!

Laut Schulamtsleiter Uwe Weber

fehlen in Reutlingen bis 2027 rund 27 Klassenzüge.

Zudem würde das achtzügige Privatgymnasium gegenüber anderen privaten Schulträgern bevorzugt werden, denn die Vereinbarung mit der Stadt bedeutet eine Kostenübernahme von mindestens 96 Prozent durch Stadt und Land. Die Stadt spendiert das Grundstück in Erbpacht für 640.000 Euro sowie eine Dreifelder-Sporthalle. Das wäre ein einzigartiges „Reutlinger Modell“ im Ländle, so die Kritiker.

Zugleich muss Schulgeld bezahlt werden und es besteht die Verpflichtung zur Teilnahme am evangelischen Religionsunterricht - und das mit öffentlichen Geldern. Finanzbürgermeister Roland Wintzen behauptete, die Stadt spare beim Privatgymnasium gut 19

Mio. Euro und sie hätte kein Geld, selbst ein neues Gymnasium zu bauen.

Dagegen boten die Kritiker an, für eine Übergangszeit die Lernenden an den bestehenden Gymnasien unterzubringen und außerdem eine gymnasiale Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen einzurichten. Marco Wolz (WiR) berichtete von acht leerstehenden Klassenräumen an der Matthäus-Beger-Grundschule, wovon Sozial- und Verwaltungsbürgermeister Robert Hahn nichts wusste!

Dieser Reutlinger Irrweg zeigt, welche kruden Wege Kommunen einschlagen müssen, um ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Es ist Zeit, dass die Landesregierung endlich das öffentliche Schulwesen ausreichend finanziert und damit das Recht auf Bildung für alle Kinder, unabhängig von ethnischer, sozialer und geschlechtlicher Herkunft verwirklicht! (EP)



B 28 - Eine Planung, die aus der Zeit gefallen ist

Die B 28-Planung ist eine verkehrspolitische und ökologische Geisterfahrt, weil sie sich auf dem veralteten Denken des 20. Jahrhunderts gründet.

Anstatt den ÖPNV mit Berufspendlern, den PKW-Nahverkehr (Berufsfahrten) und den Güterverkehr zu fördern, macht das Regierungspräsidium (RP) unter Regierungspräsident Klaus Tappeser die 100-km/h-Raser zum Maßstab und provoziert Unfälle (siehe Einmündung von Seeborn). Ständig an-

dere Geschwindigkeiten produzieren mehr CO₂-Ausstoß und Lärm, beides gefährdet unsere Gesundheit. Verkehrsgutachter Professor Heiner Monheim rief zur Vernetzung der Initiativen gegen den Straßenausbau und die Flächenversiegelung auf (B 27 bei Of-terdingen, die B 28 bei uns).

In Frommenhausen rechtfertigte OB Neher bis zu 700 LKW-Fahrten pro Tag durch die Erweiterung des Steinbruchs: Bei Landwirtschaft, Wald und Gesundheit müsse man halt

„Kompromisse“ eingehen, Muschelkalk werde für Beton gebraucht. Zusammen mit Stahl verursacht Beton weltweit über 13 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes. Aber das RP erlaubt Sondergenehmigungen für Giftmüll-Verbrennung bei Holcim und bereitet die Erlaubnis für den Steinbruch vor. Es ist Zeit zum Umdenken und Umplanen und zum Widerstand gegen veraltete Planungen, „die aus der Zeit gefallen“ sind! (EP)
Lesen Sie dazu den untenstehenden Beitrag.

Ofterdingen: Streit um die Endelberg-Trasse (B 27) Klima- und Umweltschutzgesetze nur eine Farce?

1. Kurze Geschichte der B27-Planung

- 1975 wurde die Endelbergtrasse vom Regierungspräsidium Tübingen (RP) linienfestgestellt, aber vier Jahre später ein 4-spuriger Ausbau auf der Bestandsstraße favorisiert. 1981 forderte das RP die Ofterdinger auf, die kleinere Kriegerdenkmaltrasse freizuhalten.

- 1984 war die Ofterdinger SPD überzeugt, dass die Endelbergtrasse umweltpolitisch nicht mehr durchgesetzt werden kann. Um den 4-spurigen, oberirdischen Ausbau der Ortsdurchfahrt mit dem Abbruch von 35 Häusern zu verhindern, schlugen sie die 4-spurige Untertunnelung der B 27 vor. Der Gedanke eines 2- und 3-spurigen Tunnels war schon da, wurde aber im Blick auf die Haltung der Planer (4 Spuren!) verworfen.

- 1985 forderte der Ofterdinger Gemeinderat eine gleichrangige Untersuchung aller Varianten.

- 1990 beschloss der Gemeinderat einstimmig eine Reservefläche für Ofterdinger Betriebe offenzuhalten - trotz der Erlasse des RP.

- 1991 stellte das RP eine vierte Variante mit einem 330 m Tunnel vor, die weiträumig das Industriegebiet umgeht.

- 1992 einigte sich der Gemeinderat auf die Variante 4 mit einem 700 m Tunnel.

- 1993 stand das RP nur zu einer Tunnellänge von 525 m. Zeitgleich beurteilte die Umweltverträglichkeitsstudie die Untertunnelung der Bestands-

straße als beste Lösung. Die schlechteste Note erhielt die Endelbergtrasse. Die gut beurteilte Variante 2 fiel wegen des neuen Gewerbegebiets weg. Da forderte eine neu gegründete BI die Endelbergtrasse.

- 1994 schwenkte der Gemeinderat auf die Linie der BI ein, doch Regierungspräsident Max Gögler lehnte ab. Mit seiner Aussage: „Bei anderen Alternativen dürfen wir laut höchstrichterlichem Urteil die Trasse mit dem höchsten Landverbrauch nicht bauen.“ bezog er sich auf Artikel 20 a GG, der 1994 als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen wurde.

2. Für den Erhalt der unersetzlichen Naturlandschaft im Steinlachtal

1998 gründeten Gegner der Endelbergtrasse den Verein Steinlach mobil e.V. und forderten die Einhaltung der Umwelt-, Klima- und Tierschutzgesetze. Die Mitglieder finanzierten über Spendengelder ein Tunnel-Gutachten, auf das sich das RP im aktuellen Erläuterungsbericht bezieht. Nachdem sich die Umsetzung des Straßenprojekts in die ferne Zukunft verschob, löste sich der Verein auf.

2020 wurde das Planfeststellungsverfahren für die Endelbergtrasse eröffnet und rief neue BIs auf den Plan. Mit Spaziergängen auf der Trassenlinie, Veranstaltungen u. a. mit Prof. H. Mohnheim, Gesprächen mit Landesministern und Bundestagsabgeordneten setzen sie sich für eine zeitgemäße Verkehrspolitik ein.

Die Behörde fühlt sich nur formal an Klima- und Umweltschutzgesetze gebunden.

- Sie nutzt Ermessensspielräume, um

die Versiegelung von 50 ha Acker- und Streuobstwiesenfläche durchzusetzen,

- bedient die Umwelt- und Klimagebote mit Kohärenzmaßnahmen, die eine Kompensation der vorgenommenen Ökoschädigungen suggerieren,

- nimmt den Verlust von über 100 ha landwirtschaftlicher Fläche in Kauf.

Die Regionalstadtbahn, die zur Verkehrswende maßgeblich beitragen soll, wird vom RP Tübingen nicht favorisiert. Die Ertüchtigung des ÖPNV müsste an erster Stelle stehen, vor dem Bau einer neuen Autobahn.

3. Ortsdurchfahrt Ofterdingen

Die Ofterdinger leiden seit Jahrzehnten unter dem Verkehr auf ihrer ca. 1,3 km langen Ortsdurchfahrt. Doch das Dogma der Vierspurigkeit verhindert bis heute schnellere und kostengünstigere Lösungen:

- Tempo 30 mit gleichzeitigem ampel- und kreuzungsfreiem Verkehrsdurchfluss auf der Bestandsstraße

- 3-spurig durch Ofterdingen, intelligente Ampelschaltung in Stoßzeiten, Entschädigung der Anwohner, Lärmschutzwände

Der Gemeinderat stimmte 2021 einem Lärmaktionsplan zu, der als unmittelbare Maßnahme eine Tempo-30-Zone auf der Ortsdurchfahrt vorsieht. Die Umsetzung wurde vom RP mit der Begründung „zu geringer Anwohnerbetroffenheit“ abgelehnt. Die Tunnellösung durch Ofterdingen wird aus Kostengründen abgelehnt.

Gastbeitrag von **Julian Warth**

Breiter Protest gegen das geplante Flüssiggas-Terminal

Konzerne profitieren von überdimensionierten Ausbauplänen

Der „grüne“ Wirtschaftsminister Habeck plant den Bau des größten LNG-Terminals der EU vor Rügen - mitten in einem Meeresschutzgebiet. Es würde laut NABU Teile des Meeresbodens sowie des Greifswalder Boddens und die Lebensräume heimischer Arten zerstören.

Die Greifswalder haben eine Petition an die Bundesregierung gestartet, statt der notwendigen 50.000 Unterstützer unterschrieben 61.000 Personen. Wütend sind die Unterzeichner auch, weil RWE (bis 1990 Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG) unangekündigt Vorarbeiten durchgeführt hat, bei der die Wasserschutzpolizei ölhaltiges Schmutzwasser und damit eine Umweltstraftat festgestellt hat (NDR, 22.3.23). Doch in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause winkte die Mehrheit des Bundestages dieses gefährliche Projekt einschließlich der Verlegung einer Pipeline von Lubmin nach Mukran/Rügen durch.

Was ist LNG?

LNG bedeutet Liquefied Natural Gas und soll das fehlende russische Erdgas aus Pipelines ersetzen. Es wird für den Transport stark verdichtet und auf über 160 Grad Celsius abgekühlt und kann dann wieder verflüssigt und ins normale Netz eingespeist werden. Besonders

klimaschädlich ist das US-LNG, weil es durch Fracking gewonnen wird. Gasförderung und Gastransport verursachen laut Deutscher Umwelthilfe größere Klimaschäden als die Verbrennung des Gases später in Deutschland. Außerdem wird durch Gaslacks an den vielen Bohrlöchern Methan freigesetzt,



das in 20 Jahren 87-mal mehr Kohlendioxid verursacht.

Habecks LNG-Gesetz

Mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz von Habeck, gegen das sich jetzt die Petition richtet, sollen unzählige LNG-Standorte festgeschrieben werden, acht schwimmende Terminals und vier feste (Wilhelmshaven, Brunsbüttel, Stade, Hamburg). Hinzu kommt das weltgrößte private LNG-Offshore-Terminal mit

einer Jahreskapazität von 38 Milliarden Kubikmetern. Für diese Terminals will Habeck rund drei Milliarden Euro bereitstellen.

Diese Planung bis 2030 bedeutet eine „zunehmende Überdeckung bis zu einem Drittel der LNG-Importe“, kritisiert der „Fernleitungsnetzbetreiber Gas“ lautstark. Denn die Kapazitäten (ohne Rügen!) betragen 73 Mrd. Kubikmeter jährlich und damit 50 Prozent mehr als jemals aus Russland importiert wurde.

Wem nützt also Habecks überdimensionierte Planung für diesen fossilen Brennstoff, gegen den die Bevölkerung von Rügen zu Recht protestiert? Unter dem Deckmantel der Energiewende und der Versorgungssicherheit werden die Grünen immer mehr zum Lobbyisten für Großkonzerne: „Hinter Deutschlands neuem Flüssiggasversorger steckt ein verzweigtes Netzwerk aus Reedern und Reichen“, titelt das Handelsblatt (7.7.2023), gemeint ist die Deutsche ReGas, die bereits im Januar 2023 die Betriebsgenehmigung für „das erste und bisher einzige privat finanzierte schwimmende Flüssiggas-Terminal in Deutschland“ (Pressemitteilung der ReGas) erhalten hat.

Dafür werfen die Grünen doch gern alle ökologischen Prinzipien des Klimaschutzes über Bord!

Sprachförderung (Aufforderung von *Die Linke*)

Immer mehr Kinder haben ein Sprachdefizit, sowohl Kinder mit Migrationshintergrund als auch deutsche Kinder.

WIR ALS GEMEINDERAT UND DIE VERWALTUNG ROTTENBURG SOLLTEN UNBEDINGT EIN GEMEINSAMES SCHREIBEN AN DIE LANDESREGIERUNG IN STUTTGART VERFASSEN.

Wir müssen die Landesregierung auffordern, dass unbedingt mehr Geld in die Sprachförderung investiert wird. Vielen Kinder fällt das Sprechen und später das Lesen immer schwerer.

Ver mehrt wachsen Kinder „spracharm“ auf. Das ist die Aussage der Rektorin Frau Högerle von der Grundschule Kreuzerfeld.

Ich möchte Sie um ihre Unterstützung bitten.

Irmgard Kussauer (Gemeinderätin *Die Linke*)

„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“

Erich Maria Remarque

Der „Asylkompomiss“ - Die vereinigte Verantwortungslosigkeit

„Durchmarsch rechter Positionen“ (Erik Marquardt, Grüne)

Die EU-Innenminister haben das Asylrecht entscheidend verschärft, 700 Anwälte kritisieren in ihrem Offenen Brief dies als Abschaffung des Grundrechts auf Asyl.

Flüchtlinge werden an den Außengrenzen einer Identitäts-, Sicherheits- und Gesundheitsprüfung unterzogen. Kommen sie aus einem „sicheren Herkunftsland“ oder aus Staaten mit einer niedrigen Anerkennungsquote wie Türkei, Marokko oder Nigeria, werden sie auch in „Drittstaaten“ oder in die Wüste zurückgeschickt. Selbst Familien mit Kindern kommen in streng überwachten Auffanglagern mit haftähnlichen

Monate vergessen machen wollen: Keine Registrierung der Geflüchteten aus der Ukraine, keine Bundesgelder für Unterkünfte, genügend Personal für die Aufnahme mit der Folge monatelanger Verzögerung von Entscheidungen, kein zusätzliches Personal für Kitas, Schulen oder Deutschkurse. Damit verantworten sie den wachsenden Unmut in der Bevölkerung und wiegeln die Geflüchteten aus verschiedenen Ländern gegeneinander auf.

Faeser versucht einen Kuhhandel mit Saied, dem autokratischen Präsidenten von Tunesien: Sie wirbt Fachkräfte für Deutschland an, wenn das Land Flücht-

dazu, weil der Krieg ja „nur“ im Osten stattfindet!

Die Einordnung wird von jeder Regierung unterschiedlich vorgenommen. So hat Griechenland im Juni 2021 nicht nur Syrien, Afghanistan, Pakistan, Bangladesch und Somalia, sondern auch die Türkei als „sicheren Drittstaat“ eingestuft, obwohl dort keine individuelle Prüfung der Fluchtgründe durch das Erdogan-Regime stattfindet und trotz Flüchtlingsabkommen mit Deutschland kein einziger Flüchtling wieder aufgenommen wurde. In Algerien, Marokko und Tunesien wird laut Amnesty International nachweislich massiv gegen die

Hetze mit dem Wort „Wirtschaftsflüchtling“

"Entschuldigen S' die Sprache, das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist - weil den wirst Du nie wieder abschieben. Aber für den ist das Asylrecht nicht gemacht, sondern der ist Wirtschaftsflüchtling." so CSU-Generalsekretär Scheuer (Augsburger Allgemeine, 19.7.16) Obergrenzschtzhauptling Seehofer stellt sich selbstverständlich hinter die menschenverachtende Aussage seines rechten Wadenbeißers. Dagegen greifen Kardinal Reinhard Marx und der bayrische Landesbischof Bedford-Strohm Scheuer an, weil solche Sätze „Futter für Rechtspopulisten“ seien. Auf seiner Homepage brüstet sich der CSU-Abgeordnete Wolfgang Stefinger: „Mit 4.000 Abschiebungen im vergangenen Jahr hat Bayern die Zahl der Rückführungen verdreifacht und steht bundesweit an der Spitze.“ (11.4.2017) Die AfD fordert wenig später, „dass jeder, der nach dem 1.9.2017 illegal Asylbewerber in die EU – insbesondere über das Mittelmeer – einreist, für sein Asylverfahren in das erste in Nordafrika eröffnete Asylzentrum verbracht wird.“ Dies müsse die deutsche Marine leisten. Wie sich die Zeiten und die PolitikerInnen doch ähneln!

Bedingungen an EU-Außengrenzen und müssen dort drei Monate warten, ob sie eine Chance haben, einen Asylantrag stellen zu dürfen.

Ministerpräsident Kretschmann wird von Sozialminister Lucha (beide Grüne) unterstützt, denn das sei gar keine Haft, die Leute können ja zurück(-schwimmen). Der Flüchtlingsrat nannte dies menschenverachtend, für Andreas Linder (Move on – Menschenrechte Tübingen) höhlt die Ampelkoalition den Flüchtlingschutz weiter aus.

Dagegen lehnt die FDP (erwartungsgemäß) Ausnahmen für Kinder vehement ab. Schon jetzt sperren sich Polen und Ungarn mit ihren rechten Regierungen gegen eine Aufnahmepflicht und auch gegen Ausgleichszahlungen – die grüne Parteispitze verkauft dies als tollen „Kompromiss“.

Vergangene Fehler

Außenministerin Baerbock (Grüne) und Innenministerin Faeser (SPD) haben diesem Beschluss zugestimmt, weil sie die Fehler ihrer vergangenen

linge wieder aufnimmt – so werden die Auffanglager zu „Sortiermaschinen“, in denen das Asylrecht außer Kraft ist. Der Europa-Abgeordnete Erik Marquardt (Grüne) bezeichnete diesen „Kompromiss“ kürzlich in Tübingen als „Durchmarsch rechter Positionen“.

Scheinbegriffe

Schon seit Langem weiß man, dass die wachsende Zahl von Migranten kaum kontrollierbar ist. Deshalb erfinden Politiker Scheinbegriffe wie „sichere Herkunftsländer“. Dazu zählen laut Gesetz Länder, von denen aufgrund des demokratischen Systems und der allgemeinen politischen Lage davon ausgegangen werden kann, dass dort generell keine staatliche Verfolgung zu befürchten ist und dass der jeweilige Staat grundsätzlich vor nichtstaatlicher Verfolgung schützen kann. Aktuell sind dies die Staaten der Europäischen Union, die sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, sowie Serbien, die afrikanischen Staaten Ghana und Senegal. Aber selbst die West-Ukraine zählt

Menschenrechte verstoßen. Besonders bequem ist für Deutschland die Drittstaaten-Regelung: Ein Flüchtling kann nur dort einen Asylantrag stellen, wo er/sie erstmals europäischen Boden betritt. Da Flüchtlinge nicht mit dem Paddelboot von Tunesien in Hamburg ankommen, sondern in Italien landen – sofern sie nicht vorher ertrinken – ist Italien hauptsächlich betroffen: Lampedusa wurde für 400 Menschen errichtet, aktuell sind dort rund 3.000 Geflüchtete, wie der Rottenburger Flüchtlingsretter Friedhold Ulonska im Mai berichtete. Während CSU-Bundesinnenminister Friedrich schon 2011 erklärte, das sei doch Italiens Problem, kann Ulonska die Hilfescheie der italienischen Regierung gut verstehen! In diesem Jahr (bis Mai 2023) kamen die Mehrheit der 136.000 Geflüchteten hauptsächlich aus Syrien, Afghanistan und der Türkei – die aus der Ukraine wurden nicht gezählt.

„Wirtschaftsflüchtlinge“

Besonders übel ist die Diffamierung der Geflüchteten als „Illegale“, weil sie angeblich aus wirtschaftlichen >>>

Gründen flüchten und unser Sozialsystem ausplündern wollten. Tatsache ist: Im Jahr 2022 bekamen fast drei Viertel aller Asylsuchenden Schutz und wurden als Verfolgte anerkannt. Nur in 28 Prozent der Fälle wurde der Asylantrag als unbegründet abgelehnt. Trotzdem werden Flüchtlinge generell als Schwindler verdächtigt. Dass 55 Prozent von ihnen nicht arbeiten, ist hauptsächlich dem Mangel an Sprachunterricht geschuldet. Aber das Bild von den „faulen Geflüchteten“ passt den Rechtsradikalen besser, denn sie bekämpfen die Geflüchteten und nicht die Fluchtursachen. Damit verhindert man sichere Fluchtrouten und schon das Millionengeschäft der skrupellosen Schlepper(-mafia).



Fluchtursachen bekämpfen

Seit der Corona-Pandemie und dem russischen Überfall auf die Ukraine sind die Preise für Grundnahrungsmittel wie Mehl, Fette, Gemüse usw. in Nordafrika drastisch gestiegen. Europäische Konzerne verschärfen seit Jahren die Ernährungslage, indem sie mit billigstem Hähnchenfleisch regionale Erzeuger und Märkte in den Bankrott treiben. Kinder müssen in Erzminen arbeiten oder auf Halden mit europäischem Müll Verwertbares suchen. In Bangladesch werden Frauen in Textilfabriken für Billigkleidung europäischer Konzerne aufs Übelste ausgebeutet und durch Gebäude-Einsturz getötet. Europäische und US-Konzerne sind wegen ihrer CO2-

Emissionen die Hauptverantwortlichen in diesen Ländern für Dürren und Sturzfluten, kurz: ihr auf Profit ausgerichtetes Wirtschaftssystem. Deshalb leugnen sie bis heute die Verantwortung für diese Katastrophen und erkennen Umweltauswirkungen nicht als Asylgrund an, wie dies Jean Ziegler (ehem. UN-Berichtersteller für das Recht auf Nahrung) schon vor dreißig Jahren gefordert hat. Es ist ja so bequem, schon das Gewissen und spart Geld für die sozial-ökologische Kehrtwenden auf der ganzen Welt.

Kein Mensch flieht freiwillig – kein Mensch ist illegal!



Dr. Emanuel Peter
„DIE LINKE“
Rottenburg

Demonstration von „Kitastrophe“ in Stuttgart Eltern und Fachkräfte fordern ein Gesamtkonzept

Die Stuttgarter Stadtverwaltung hatte verboten, in ihren Kitas und den katholischen für die Demonstration mit Info-Zetteln und Plakaten zu werben.

Für Bürgermeisterin Fezer (FDP) wird die Kita-Situation dramatisiert und das Image des Erzieherberufs beschädigt. Trotz Verbots folgten 1.800 Eltern und pädagogische Fachkräfte dem Aufruf der Initiative, die sich im April gebildet hatte, und demonstrierten vor dem Rathaus und im Schlosspark. Denn die Situation braucht keiner mehr zu „dramatisieren“: Aktuell fehlen laut Bertelsmann-Stiftung allein im Ländle rund 57.600 Kita-Plätze und 16.800 Fachkräfte.

Die Eltern sind die Leidtragenden, wenn sie morgens bei Gruppenschließungen einen Anruf erhalten, und die

Erzieherinnen, wenn die Gruppengröße erhöht wird und der Bildungsauftrag (Orientierungsplan) nur noch auf dem Papier steht: „Wir machen sichtbar, was es bedeutet, trotz Job in mancher Woche die Kinder wegen Personalnot nur an zwei Tagen in die Kita bringen zu können“, heißt es im Demo-Aufruf. Von Chancengleichheit in der Bildung könne nicht mehr die Rede sein.



Gesamtkonzept

Für sie alle ist das Maß übertoll, deshalb fordern sie „ein Gesamtkonzept mit kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen“ und das dafür nötige Geld von Kommunen, Land und Bund. Dazu gehören die

„wissenschaftlich empfohlene Fachkraft-Kind-Relation: 1:3 für Ein- bis Dreijährige und 1:7 bzw. 1:8 für Drei- bis Sechsjährige“, keine zusätzliche Belastung durch noch größere Gruppen, die Bezahlung auch für Teilzeitkräfte muss zum Leben reichen, eine bezahlte Freistellung der Eltern und Kostenerstattung, wenn die Kita außerplanmäßig geschlossen wird, Personal für hauswirtschaftliche und administrative Arbeiten und eine „verlässliche, gute und kostenfreie Kita-Ganztagsbetreuung für alle“.

Erst dann könne von einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesprochen werden, anstelle aktuell die Hauptlast wieder auf die (berufstätigen) Frauen abzuwälzen. (EP)



Streubomben

Humanitäres Völkerrecht muss Völkerrecht bleiben

Die Staaten, die die Ukraine unterstützen sind nicht in der Lage, die geforderte Munition zu liefern. Also schaut man notgedrungen in die Arsenale und findet die geächteten Streubomben.

Warum sind die Bomben geächtet?

Ihr Einsatz ist grausam und hinterhältig. Lange nach Beendigung des Krieges töten die Blindgänger Menschen, darunter vor allem Zivilisten und Kinder. Die Bomben wirken wie Minen. Sie können Kombattanten wie Zivilisten treffen. Ihre Anwendung ist sozusagen nicht zielgerichtet, denn das Zielgebiet ist etwas so groß wie ein Fußballfeld und größer, ohne dass man genau weiß, wo sie einschlagen werden. Im Grunde ist ihr Ziel beliebig und eine Ausweitung des „Schlachtfeldes“. Es ist eine Taktik der verbrannten Erde. Wie schlecht muss es um einen Gegner stehen, der Streubomben einsetzt?

Behauptet wird, Rußland habe schon längst Streubomben im Einsatz und somit stehe es auch der Ukraine zu, Streubomben einzusetzen. Dies ist eine Argumentation aus dem Sandkasten - wenn der Vergleich nicht so makaber wäre: Der da hat angefangen. Ich muss mich wehren. Kurz: Egal, wen es dann trifft, Hauptsache es wird getötet. Dass der Einsatz von Streubomben ein erbärmlicher Kriegsakt ist, muss nicht erklärt werden.

Das Auffinden nicht detonierter Munition zu ihrer Entschärfung ist nahezu unmöglich. Wer sollte auch wissen, wohin sie gestreut sind? Also sind es mehr oder weniger Zufallskontakte, lange nach den derzeitigen Kriegshandlungen, die zu Verstümmelungen und Tod führen. Kinder, die lange nach den Kriegshandlungen geboren wurden und keine Ahnung von den „bomblets“ haben, halten sie in ihrer Unwissenheit für ungefährlich und spielen mit ihnen und werden zu Opfern. Diese konventionellen Massenvernichtungswaffen sind geächtet, weil die Gefahren für die Zivilbevölkerung größtmöglich sind.

Im Grunde ist der Einsatz von Streubomben ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung, insbesondere, wenn sie auf eigenem Territorium eingesetzt werden, was von der Ukraine zugesagt wurde, denn es gilt den russischen Vormarsch zu stoppen.

Wenn Regierungssprecher Steffen Hebestreit erklärt, dass in der Ukraine eine besondere Konstellation bestehe, da die Ukraine eine solche Munition zum Schutz der eigenen Bevölkerung einsetze, muss wohl an der Fähigkeit zu logischem Denken gezweifelt werden.

„Die Verteidigung gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg rechtfertigt nicht den Einsatz völkerrechtlich geächteter Waffen. Man bekämpft einen Völkerrechtsbruch nicht mit einem weiteren Völkerrechtsbruch. Wir müssen uns der Eskalationslogik und der fortschreitenden Verrohung entgegenstellen. Der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Wer für sich in Anspruch nimmt, das Völkerrecht zu verteidigen, darf es nicht in gleichem Atemzug brechen. Mit der Lieferung von Streumunition würden die USA Beihilfe zu einem Völkerrechtsbruch leisten...“

Tobias Bank, Bundesgeschäftsführer, DIE LINKE

Was unsere westlichen Werte taugen

Bundespräsident Steinmeier, ein promovierter Jurist, meinte, man könne „in der gegenwärtigen Situation den USA nicht in den Arm fallen“, was als Zustimmung zum Verhalten der USA verstanden werden muss. Er hat das Osloer-Abkommen als Außenminister selbst unterschrieben. Vielleicht wollte er mal wieder etwas Außenpolitiker spielen? Zumindest kann festgestellt werden, dass ihm die Einhaltung völkerrechtlicher Absprachen wenig Wert sind.

Es ist nur zu hoffen, dass Vertragspartner Deutschlands ein schlechtes Gedächtnis haben und das Verhalten dieses Vertragspartners nicht auf andere Bereiche übertragen. „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?!“

Angeblich können die USA 3,7 Mio. Streubomben mit jeweils 80 Sprengkörpern sog. „Bomblets“ bereitstellen. Alle vorhandenen Bomben werden sie nicht weitergeben. Man weiß ja nie! Schon allein diese Zahl muss erschrecken und zeugt von der Hemmungslosigkeit,

die hinter dem Einsatz von Streubomben steckt. Eine solche tödliche Menge wird doch nicht ohne mögliche Einsatzabsicht produziert werden? $3\,700\,000 \times 80 = 296\,000\,000$ Sprengkörper! Die Zahlen können gewiss leicht nach oben korrigiert werden. Die militärische Entwicklung bleibt nicht stehen.

Herumgedeutelt wird, wie groß die Anzahl der Blindgänger ist, denn von diesen geht die Hauptgefahr der Streubomben aus. Es werden Zahlen von 2,35 bis 40 Prozent genannt. Geht man beschönigend von einer Blindgängerquote von 2,35 % aus, so heißt das, bezogen auf die angegebenen Liefermengen, 6 956 000 „Bömbchen“! Wohl ein Grund zur Ächtung der Streubomben!

Mit diesem Verhalten, die Lieferung der Streubomben zu dulden, missachtet die Bundesregierung ihre Verpflichtung gegenüber dem Oslo-Abkommen von 2010 zum Verbot von Streubomben, denn sie ist verpflichtet, Staaten, die dem Abkommen nicht beitreten sind, u.a. USA, Russland, Ukraine, China, Indien, Israel, Polen, Türkei, vom Gebrauch von Streumunition abzubringen und eine aktive Friedenspolitik zu betreiben. Mehr als 110 Staaten haben die Konvention unterschrieben, 13 weitere haben unterschrieben, aber noch nicht durch die Parlamente ratifiziert.

Locker meint Bundeskanzler Scholz zur Lieferung, das sei eine souveräne Entscheidung der USA und er bewerte das nicht, was als Zustimmung gedeutet werden kann. Mit dieser Argumentation wird jede völkerrechtliche Vereinbarung zur Farce, zu einer Posse, in der jede ursprüngliche Absicht verhöhnt wird. Von Kritik war kein Töndchen zu hören. So viel zum Begriff „Wertewesten“ und „wertegebundener Außenpolitik“. (Außenministerin Baerbock).

Aber vielleicht ist das Liefern der Streubomben nur ein zynischer Akt der Entsorgung alternder Bestände unter dem Deckmantel von Liefer-schwierigkeiten bezüglich anderer Munition? Laut SWP vom 27.7.2023 ist die zugesagte Streumunition bereits in der Ukraine eingetroffen.

Norbert Kern, Wendelsheim

Pflegenotstand im Kreis Tübingen

Umfangreiche Investitionen notwendig

Der Sozialbericht zur Pflege, welcher im Kreistag präsentiert wurde, verdeutlicht die Hilflosigkeit sämtlicher beteiligten Parteien. Niemand scheint wirklich die Verantwortung für diese gesellschaftliche Katastrophe übernehmen zu wollen. Seit der Einführung der Pflegeversicherung vor 30 Jahren hat sich die Situation kaum verbessert.

Die pflegenden Angehörigen sind die größte Pflegeeinrichtung in unserem Land. Über 5 Millionen Menschen kümmern sich um pflegebedürftige Familienmitglieder. Mehr als 80 Prozent der Pflegebedürftigen leben zu Hause, da viele Menschen den Wunsch haben, im Alter und bei Pflegebedarf so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu bleiben.

Die Kurzzeitpflege ist sowohl für pflegende Angehörige als auch für Kliniken und Altenhilfeträger ein enormes Problem. In Krisenzeiten sind Kurzzeitpflegeplätze eine wichtige Entlastung für die Familien.

Leider gibt es zahlreiche Probleme bei der Kurzzeitpflege. Die Nachfrage steigt, aber es gibt zu wenige verfügbare Plätze im Land und der Ausbau geht

nur schleppend voran. Es ist nicht ungewöhnlich, dass erfolglos in bis zu 30 Einrichtungen nach einem Platz gesucht wird.

Im Landkreis Tübingen gibt es derzeit 55 Kurzzeitpflegeplätze, von denen einige vorübergehend verfügbar sind und bis 2024 abgebaut werden sollen. Obwohl es weitere Projekte zur Schaffung von bis zu 45 zusätzlichen Plätzen gibt, wurden diese aufgrund fehlender geeigneter Rahmenbedingungen für den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen eingestellt.

Ein zentraler Punkt ist der Mangel an Pflegekräften und die unzureichende Pflegeinfrastruktur. Wir fordern daher massive Investitionen, um eine hochwertige Versorgung sicherzustellen und die pflegenden Angehörigen zu entlasten. Es kann nicht länger allein den Familien überlassen bleiben, die Hauptverantwortung für die Pflege zu tragen.

Zusätzlich muss die Pflegeinfrastruktur qualitativ weiterentwickelt werden. Sie sollte niedrighschwellige Zugänge ermöglichen und einen bedarfsgerechten Mix an Pflegeleistungen bieten. Eine umfassende soziale Teilhabe der Pfl-



gebedürftigen muss ebenfalls gewährleistet sein. Besondere Bedeutung kommt der zeitlichen und finanziellen Entlastung sowie der besseren sozialen Absicherung der pflegenden Angehörigen zu. Es darf nicht sein, dass pflegerische Sorgearbeit in Armut führt.



Kreisecke unserer Kreisrätin **Isabelle Groschke**, 28. Juni 2023

Kurz und bündig

Industriestrom für sechs Cent?!

Nach dem Auslaufen der Energiepreisbremse im Sommer verfolgt Habeck den Plan, einen staatlich subventionierten Strompreis von sechs Cent für die Chemie-, Stahl-, Metall-, Papier- und Glasbranche einzuführen. Schon aktuell wird die Industrie im Rahmen der Energiepreis-Bremse mit einer Deckelung von 13 Cent/ kWh gefüttert. Dafür sollen 25 bis 30 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Jetzt will Habeck ein Zweistufenmodell aus einem langfristigen (staatlich finanzierten) Transformationsstrompreis ab 2030 und bis dahin einen Brückenstrompreis einführen, weil sonst die Industrie aus Deutschland abwandere. Das ist der BVMW-Mittelstandsvereinigung nicht billig genug. Sie pokert, dass der Industriepreis nicht höher als vier Cent betragen darf und für den gesamten deutschen Mittelstand gelten müsse.

Insgesamt läuft unter dem Deckmantel Erneuerbare Energien und Standortsicherung ein grandioses Betrugsmanöver zugunsten von Konzernprofiten. Dabei werden alle Argumente für Klimaschutz und Bürgerbeteiligung von Seiten der Grünen beseitigt – die einfache Bevölkerung soll's zahlen!

Kurz und bündig

EU-Parlament fordert Praktika-Bezahlung

In allen Mitgliedsländern der EU soll es Mindeststandards für Praktika geben, die die Dauer und die Bezahlung je nach den Lebenshaltungskosten (Lebensmittel, Unterkunft) im jeweiligen EU-Land abdecken. Dafür soll ein Gesetz auf den Weg gebracht werden. Für Menschen mit Behinderung und für sozial Benachteiligte soll der Zugang zu solchen Praktika erleichtert werden. Zudem müsse die Qualität der Praktika verbessert werden, da sie für junge Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Landesregierung steht **Bildungskatastrophe hilflos gegenüber**

Erbsenzählerei statt Personaloffensive für alle Schulen

Noch vor einiger Zeit tönte der selbsternannte Bildungsexperte der Grünen in Rottenburgs Gemeinderat Jörg Bischoff, es gäbe kein einziges Bundesland, das seine Lehrerschaft so „bedarfsdeckend“ ausbilde wie Baden-Württemberg.

Er assistierte damit dem Grünen-Abgeordneten Thomas Poreski, der gemeinsam mit Ministerpräsident Kretschmann eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium kategorisch ablehnte und jegliche Strukturdebatte über Bildung negierte.

Inzwischen sieht die Lage wesentlich anders aus: Drei internationale Studien – der IQB-Bildungstrend, VERA und jetzt die IGLU-Studie – stellen einmütig fest, dass **nur noch ein Viertel aller SchülerInnen die Mindeststandards erreichen und seit der ersten IGLU-Studie 2001 sich nichts an der Bildungsgerechtigkeit geändert hat!** Insbesondere die Lesefähigkeit als Grundlage aller Lernprozesse fehle, dort liegen die Werte noch unter denen von 2001.

Kultusministerin Schopper (Grüne) fordert einen „Paradigmenwechsel“ und kommt zu der überzeugenden Aussage: **„Wir laufen Gefahr, dass wir einen Teil der Kinder als funktionelle Analphabeten aus der Grundschule (!) entlassen.“** Dagegen kommentiert Kretschmann diese Ergebnisse: **„Das ist ja nun wirklich nichts Neues.“**

Vertuschte Fehler

Lange Zeit wurde die Entwicklung auf den Anteil der Kinder aus Migrantenfamilien und auf arbeitslose, „bildungsferne“ Eltern abgewälzt, um die völlig weltfremde Einstellungs- und Sparpolitik zu verschleiern. Noch 2021 verweigerte die Landesregierung 254 neue

Lehrerstellen und 105 zusätzliche Stellen als Krankheitsreserve. So hatte der Schulbereich Ende 2022 weniger Lehrstellen als 2011.

Hinzu kommt, dass zehn Prozent aller Lehrkräfte, d.h. 9.100, nicht im Unterricht einsetzbar sind, weil sie Aufgaben in der Verwaltung, Ausbildung und vor allem die Wartung der wachsenden Internet-Infrastruktur wahrnehmen müssen. Seit über 20 Jahren spart die Landesregierung, weil ihnen externe IT-Unternehmen zu teuer sind und sie sich nicht mit den Kommunen über Kosten von 750 Mio. Euro jährlich einigen kann. Die Blamage heißt: Lieber jahrelanger Streit als das Problem zu lösen – Kinder, Eltern und Lehrkräfte tragen die Misere ja aus!

Für das Schuljahr ab Herbst 2023 erwartet das Kultusministerium mit 18.000 zusätzlichen Schülern den größten Ansturm auf die Grundschulen aller Zeiten! Im Ländle entspricht das etwa 650 neuen Klassen in einer Situation des absoluten Mangels an Lehrkräften.

Auch in Rottenburg werden bis 2027 fast 600 neue Lernende erwartet. Natürlich kannte man die steigenden Geburtenzahlen in Stuttgart nicht, die Geflüchteten von 2015 hatten kaum Kinder und die Mütter aus der Ukraine hat man sowieso nicht erfasst – wie blind muss man sein.

Absurde Erbsenpickerei

Es scheint, dass Kultusministerin Schopper im Unterschied zu vielen Grünen den Ernst der Lage zumindest teilweise erfasst hat, wenn sie für alle Grundschulen eine fundierte Lesestrategie mit verbindlichem Lesetraining verordnet, wie dies Experten seit Langem fordern. Gestützt wird dies durch Fördergelder der Bundesregierung, deren langfristiges Ziel es ist, jede Kita

mit einer qualifizierten Fachkraft Sprache auszustatten. Im Ländle werden die knappen Stellen momentan vor allem eingesetzt, um den Normalbetrieb zu gewährleisten. Denn es fehlen gerade 58.000 Kita-Plätze und der Fachkräftemangel soll bis 2030 auf 40.000 Fachkräfte ansteigen (Bertelsmann).

Zusätzlich will Schopper mehr Geld für „Brennpunkt-Schulen“ ausgeben, die aber mit fragwürdigen Merkmalen ermittelt werden: Die Anzahl der Bücher im Elternhaushalt und die Kinder aus Migrantenfamilien sollen gezählt werden, ebenso die Zahl der Eltern ohne Schulabschluss und die durchschnittliche Kaufkraft im Schulbezirk! Das riecht verdächtig nach Stigmatisierung und nach falscher Personalpolitik, wenn nur an diesen Schulen mehr Lehrkräfte eingesetzt werden. Da werden noch mehr Eltern in Privatschulen abwandern. Die Forderungen von Innenminister Strobl nach 700 Mio. Euro für seinen Bereich und die ungeklärten Haushaltsfragen von Bayaz stehen dazu im Widerspruch!

Absolute Priorität für Bildung im Ländle

Unsere Kinder und Enkel wachsen jetzt auf, ihre Entwicklung lässt sich nicht auf später „verschieben“. Und diese fängt in der Bildungseinrichtung Kita an. Deshalb braucht jede Kita eine zusätzliche Sprachkraft, die Grundschulen benötigen Teams aus Lehrkräften, Psychologen und SozialarbeiterInnen und zwar für alle Kinder, nicht nur in „Brennpunkten“! Das ist wesentlich billiger als spätere „Reparaturkosten“, weil eine Installationsanleitung nicht gelesen oder verstanden wird. Oder weil man nach Brasilien fliegen muss, um dort Fachkräfte zu gewinnen!

**Dr. Emanuel Peter, DIE LINKE
Rottenburg**

„Bildungswende Jetzt!“ Heraus zum bundesweiten Bildungsprotesttag am 23. September 2023

Ein sehr breites Bündnis von über 90 Organisationen, darunter GEW, DGB, ver.di, Elternvertretungen an Schulen und in Kitas, fordert ein Sondervermögen von 100 Millionen Euro, um die organisierte Vernachlässigung und chronische Unterversorgung unseres Bildungssystems und den Verschleiß von Erzieherinnen und Lehrkräften zu stoppen. Die „Bildungswende jetzt“ soll verhindern, dass jährlich 50.000 Lernende die Schule ohne Abschluss verlassen und die Bildungsgerechtigkeit weiter zunimmt. „Unser Schulsystem schadet gleich dreifach: der (mental)en Gesundheit, der Demokratie und es steht der sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft im Wege“, so Nora Oehmichen, die Bundesvorsitzende von Teachers for Future Germany. Es geht also um mehr als „nur“ um die Zukunft unserer Kinder, es geht um unsere Demokratie und um eine lebenswerte Zukunft für uns alle! **Deshalb unterstützt DIE LINKE Rottenburg die Aktionen und den Appell!**

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Wir üben den kurzen Witz

Hier gibt's was zu lachen. - Hoffentlich!

Sie kennen die Situation: Im Kreis der Gesprächigen wird es leise. Peinliche Ruhe breitet sich aus. Ein gewisses Unbehagen füllt den Raum. Ruhe. Stille. - Da endlich der erlösende Vorschlag von Erich: Wir könnten uns doch Witze erzählen. Erlösendes Kopfnicken in der Runde.

Erich hat einen Witz auf Lager. Es ist ein Blondinenwitz. Etwas pikiert schauen Linda und Lisa drein. Linda ist blond, Lisa nicht. Sollen sie Erich bitten, das sein zu lassen? Der Stimmung wegen sagen sie nichts. (Aus politischer Korrektheit wird auf ein Beispiel verzichtet.) 😏

Sie merken schon, das mit dem Witz erzählen ist nicht so einfach. Es soll hier nicht in die Psychologie des Witzes eingestiegen werden, aber einige Anmerkungen sind schon angebracht.

Oft ist sich der Erzähler nicht im klaren, dass er mit der Auswahl seiner Witze viel über sich selbst aussagt. Warum erzählt Erich einen Blondinenwitz? Hat er Vorbehalte gegenüber blonden Frauen? Hält er sie für dumm oder mag er ihre Schlichtheit und blonde Haare?

Auch auf der Seite der Zuhörer gibt es aufschlussreiche Reaktionen. Wer lacht über welchen Witz und wer lacht nicht? Wird laut brustend gelacht oder nur verhalten in sich hineingeschmunzelt? Ist das Lachen befreiend oder resignierend? 😏

Peinlich, wenn der Erzähler der Einzige ist, der lacht. Hatte der Witz keine Pointe? War sie nur schlecht erzählt? War die Geschichte einfach zu lang, zu weitschweifig? Oder hat der Zuhörer ihn einfach nicht verstanden? Merke: In der Kürze liegt die Würze. 😏

Eine besondere Form des Witzes ist der versteckte Witz, der uns tagtäglich begegnet:

„Nur wenige Geringverdiener legen Geld für später zur Seite.“ (SWP 23. 08. 2021) Hier die Banalität der Aussage. Oder: „Waffen von Heckler & Koch dienen dazu, Mensch vor Gewalt zu schützen.“ (SWP 9. 10. 2021) Vor Gewalt mit Waffengewalt schützen? Oder: „Wir leben in einer freien Gesellschaft.“ Oder: „Westliche Werte.“

Die Königsklasse des Witzes ist für mich der „Einwortwitz“. Für den, der ihn erzählt, ist der Sachverhalt klar. Er denkt das Umfeld, die Vorgeschichte

mit. Aber gilt das auch für den Zuhörer? Je kürzer der Witz, desto herausfordernder für den Zuhörer. Er muss oft fähig sein, „um die Ecke“ zu denken. Oft gelingt der Einwortwitz nur in Verbindung mit einem gegenwärtigen Geschehen. Viele konnten während der Corona-Zeit über „Lauterbach“ lachen. Jemand sagte „Lauterbach“ und es ging ein Lachen durch die Runde. Oder nicht. Im gleichen Zeitbezug steht der Einwortwitz: „Grundrechte“.

Jetzt kann eingewendet werden, dass diese Beispiele nur Beispiele für Flachwitze sind, also Witz ohne Pointe, eher ein Wortspiel. Ein einfacheres Beispiel: Sie stehen mit Mitwartenden auf dem Bahnsteig und sagen: „Bahnpünktlichkeit“. Wie wird die Reaktion sein? 😏

An den Beispielen wird auch die Funktion vieler Witze sichtbar. Der Witz ist eine Waffe gegen Unterdrücker in Form versteckten Widerstandes und er hat eine Ventilfunktion. Man kann beim Lachen Luft ablassen. Er kann Aggression, Mitgefühl und Mitleid ausdrücken und befreien.

Üben Sie mal den Einwortwitz!

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

- ◇ **Infostand von DIE LINKE**
- ◇ **Samstag, 22. Juli 2023**
- ◇ **10 - 12 Uhr, Metzelpfad**

- Bitte Ort und Zeit (Donnerstag!) beachten -
Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
27. Juli 2023
19.00 Uhr, AWO-Heim, Ehinger Platz 7

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**
facebook.com/solid-rottenburg-a.n.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg